

Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP)
im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP)

PRESSEMITTEILUNG

Psychotherapie braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Der VPP im BDP wendet sich gegen die Beschneidung von Behandlungskapazitäten im Bereich psychischer Störungen.

Hintergrund ist das Positionspapier der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) der Bundesländer vom Juni 2014, das unter anderem Therapieverkürzungen, eine gestaffelte Vergütung von Psychotherapie sowie ein Begutachtungsverfahren bei Langzeittherapien fordert.

Der Bundesvorsitzende des VPP, Marcus Rautenberg, betont: „Um wirksam sein zu können, erfordert eine Psychotherapie neben einer stabilen therapeutischen Beziehung auch verlässliche Rahmenbedingungen.“ Dabei sei ausreichend Zeit ein entscheidender Faktor. „Finanzielle Anreize für möglicherweise nicht ausreichende Kurzzeittherapien – wie die vorgeschlagene gestaffelte Vergütung in Abhängigkeit von der Behandlungsdauer – wären unverantwortlich gegenüber den Patienten“, so Rautenberg. Generell habe die Forderung nach Therapieverkürzung keinen Sinn: Denn zwei Drittel aller Psychotherapien benötigten heute weniger als 30 Sitzungen.

Auch andere Forderungen der GMK sind aus Sicht des VPP fragwürdig: So könnte das angedachte Begutachtungsverfahren bei Langzeittherapien, das nicht als „reines Aktenverfahren“ ausgestaltet werden soll, für psychisch Kranke eine unzumutbare zusätzliche Belastung bedeuten. „Wir befürchten, dass sich Patienten unter erheblichem Rechtfertigungszwang fühlen werden, wenn sie zur Überprüfung der Notwendigkeit der Fortführung ihrer Psychotherapie bei einem Gutachter vorstellig werden müssen“, erklärt Rautenberg. Behandlungsverläufe würden dadurch verkompliziert und könnten massiv gestört werden.

Der VPP betont: Der Mangel an ambulanten psychotherapeutischen Behandlungskapazitäten lässt sich nicht durch eine Beschneidung der Kontingente für die einzelnen Patienten wirksam abbauen, sondern nur durch die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Behandlung psychischer Störungen.

Auch den vom Gesetzgeber geplanten Zwangsaufkauf von Praxissitzen in sogenannten „überversorgten“ Gebieten lehnt der VPP als völlig falschen Schritt ab. Dringend erforderlich ist eine Reform der Bedarfsplanung, die sich am tatsächlichen Bedarf für die psychotherapeutische Versorgung orientiert – damit bundesweit die notwendigen ambulanten Psychotherapieplätze zur Verfügung stehen.

Eine entsprechende Resolution verabschiedete die Vertreterversammlung des VPP im BDP bei ihrem Herbsttreffen. Der Verband Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP) vertritt als Sektion des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) seit 1993 die berufspolitischen Interessen Psychologischer Psychotherapeuten in Deutschland.

Ansprechpartner für Pressekontakte:

**Dipl. Psych. PP Marcus Rautenberg; VPP Bundesvorsitzender; info@vpp.org
<https://twitter.com/VPPimBDP>**

Der VPP ist eine Untergliederung des BDP und vertritt die etwa 4000 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Mitglied im BDP sind. Der BDP hat ca. 11000 Mitglieder

BERUFSVERBAND DEUTSCHER PSYCHOLOGINNIEN UND PSYCHOLOGEN e.V. • BDP • GEGRÜNDET 1946

BUNDESVORSTAND VPP
DIPL.-PSYCH. MARCUS RAUTENBERG
DIPL.-PSYCH. ROBIN SIEGEL
DIPL.-PSYCH. HEINRICH BERTRAM
DIPL.-PSYCH. EVA-MARIA SCHWEITZER-KÖHN
DIPL.-PSYCH. CLAUDIUS GIESEKE
DIPL.-PSYCH. EVA MARIA STEIN
DIPL.-PSYCH. DR. PETER FREYTAG

VPP-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
AM KÖLLNISCHEN PARK 2, 10179 BERLIN
Tel.: 030/206399-0 / Fax: 030/206399-12
<http://WWW.VPP.ORG> • eMail: info@vpp.org
BANKVERBINDUNG: COMMERZBANK AG
IBAN: DE83 3804 0007 0101 6989 00
BIC: COBADEFFXXX

VORSTAND BDP
PROF. DR. MICHAEL KRÄMER
DIPL.-PSYCH. ANNETTE SCHLIPPHAK
DIPL.-PSYCH. Michael Ziegelmayer